Verkehrsunfallstatistik 2024 des Polizeipräsidiums Konstanz

- Zunahme der Gesamtzahl der registrierten Verkehrsunfälle
- Entgegen Landestrend leichte Zunahme bei Schwerverletzten und Unfalltoten
- Anzahl der Unfälle mit E-Scootern erheblich gestiegen
- Rückgang der Unfälle mit jungen Erwachsenen um 6,5 Prozent

Im Polizeipräsidium Konstanz ereigneten sich im Jahr 2024 insgesamt 20.218 Verkehrsunfälle, die durch die Polizei aufgenommen wurden. Das entspricht einem Anstieg um 2,8 Prozent zum Vorjahr. Somit ereigneten sich im Schnitt 55 Verkehrsunfälle pro Tag. Zugenommen haben sowohl die Verkehrsunfälle mit Sachschaden (um 2,9 Prozent auf 17.874) als auch die Unfälle mit Personenschaden (um 1,4 Prozent auf 2.344).

Während die Zahl der verunglückten Personen (leicht, schwer und tödlich verletzt) im Vergleich zu 2023 landesweit teilweise deutlich zurückging, musste im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Konstanz eine leichte Zunahme registriert werden. Bei insgesamt 2.344 Verkehrsunfällen erlitten 2.936 Personen Verletzungen (+0,4 Prozent). Dabei verletzten sich 2.448 (2.452) leicht und 460 (447) schwer. Im Laufe des Jahres 2024 verloren 28 Menschen durch einen Verkehrsunfall ihr Leben, zwei mehr als im Jahr zuvor. Unter den tödlich Verunglückten waren elf Pkw-Fahrende und drei Pkw-Insassen, ein Lkw-Fahrer, sieben Motorradfahrende, vier Fußgänger, ein E-Scooter-Fahrender und eine radfahrende Person.

"Hinter den abstrakten Zahlen der Verkehrsunfallopfer mit schweren oder gar tödlichen Folgen verbergen sich viel Leid und persönliche Schicksale. Umso wichtiger ist es, bei den Anstrengungen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit nicht nachzulassen", so Polizeipräsident Stürmer.

Erfreulich ist, dass es mit auch durch eine gezielte Schwerpunktsetzung bei der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit gelungen ist, zum dritten Mal in Folge einen Rückgang bei den Unfällen unter Beteiligung von Fahrradfahrenden zu erzielen. Im Ergebnis fiel die Zahl der Radunfälle so im Jahr 2024 um ein weiteres Prozent auf 871.

Bei den Elektrokleinstfahrzeugen (sogenannten E-Scootern) registrierte die Polizei dagegen präsidiumsweit 109 Unfälle, dies bedeutet eine Zunahme um 132 Prozent. Dabei verletzten sich 92 Personen (+ 100 Prozent). Wie bei den Radfahrenden liegt die Unfallursache auch hier beim überwiegenden Teil (70 Prozent) der Unfälle im Fehlverhalten der E-Scooterfahrenden selbst. In 42 Prozent aller Unfälle mit E-Scootern ereigneten sich diese Fälle sogar ohne Beteiligung anderer Verkehrsteilnehmer.

Bei den Risikogruppen "Kindern", "Senioren" und "jungen Erwachsenen" ist sowohl eine Zunahme als auch eine Abnahme zu verzeichnen. Bei den "Kindern" erhöhte sich die Anzahl der Verkehrsunfälle an denen sie beteiligt waren von 114 auf 130 (+ 14 Prozent) und bei den "Senioren" von 1927 auf 1936 (+0,5 Prozent). Bei den

"jungen Erwachsenen" nahmen die Unfallzahlen um 6,5 Prozent auf 1529 ab. Die Verkehrsunfälle mit verletzten Personen sanken hier um 12 Prozent auf 483.

Auf den Bundesautobahnen im Präsidiumsbereich gab es einen Anstieg der Verkehrsunfälle um 10,3 Prozent auf 993 Unfälle. Die Zahl der dabei verunglückten Personen nahm um 17,8 Prozent auf 139 Personen ab, jedoch verstarben zwei Personen (2023: 1). 17 Personen verletzten sich schwer, eine mehr als im Jahr zuvor, die Anzahl der Leichtverletzten reduzierte sich um 21,1 Prozent auf 120.

Präsidiumsweit stellte die Polizei bei zahlreichen Überwachungsmaßnahmen 108.387 Geschwindigkeitsverstöße fest. Während die Geschwindigkeits-überschreitungen in
68 Prozent der Fälle im Bereich bis 20 km/h lag, war in 2.357 Fällen ein Fahrverbot die Folge des zu schnellen Fahrens.

350-mal verunglückten im vergangenen Jahr Verkehrsteilnehmende, weil sie unter Alkohol- und Drogeneinfluss am Straßenverkehr teilnahmen. Bei Kontrollen zogen die Beamtinnen und Beamte 1.037 alkoholisierte bzw. 614 berauschte Fahrzeugführende aus dem Verkehr. Neben strafrechtlichen Konsequenzen waren 938 fahrerlaubnisrechtliche Maßnahmen die Folge.

Neben dem Ziel der Reduzierung von Verkehrsunfällen durch überhöhte bzw. nicht angepasste Geschwindigkeit - nach wie vor die Verkehrsunfallursache Nummer eins - werden wir weiterhin unseren Fokus darauflegen, Fahrten unter Alkohol- und Drogeneinfluss zu erkennen, zu ahnden und in Zukunft zu verhindern. Betrunken oder berauscht Autofahren bringt sich selbst und andere in Lebensgefahr! Daran ändert auch die Liberalisierung von Cannabis nichts. Wer berauscht im Straßenverkehr ein Fahrzeug führt und dabei kontrolliert wird, muss sich dafür verantworten.

"Weiter bleibt es unser Ziel, durch eine konsequente, engagierte Verkehrsüberwachung und durch gezielte Präventionsarbeit vor allem die Zahl der schweren und tödlichen Unfälle deutlich zu reduzieren und auf eine verantwortungs- und rücksichtsvolle Verkehrsteilnahme hinzuwirken. Wir werden auch weiterhin Verkehrssicherheitswochen und anderen Schwerpunktaktionen zur Verkehrsüberwachung durchführen, um so die Verkehrsteilnehmenden zu sensibilisieren," so der Polizeipräsident Uwe Stürmer abschließend.